1 0. Dez. 2019 STAVO

## MITTEILUNGEN

des Magistrats in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den <u>10.12.2019</u> um <u>19:30</u> Uhr im Mehrzweckraum der Halle Urberach

## 1. Weidenkirchenbrücke/Zugang zur Rodau

Nach der nunmehr abgeschlossenen Vorermittlung des beauftragten Ingenieurbüros müssen wir einem Kostenvolumen von über 50.000 € für eine neue Brücke (Fußgänger, Radfahrer) ausgehen, was u.a. mit der notwendigen Gründung des Bauwerks zu tun hat. Angesichts der vorhandenen Brücken in relativer Nähe wäre eine derartige Ausgabe nicht verhältnismäßig.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 2.12.2019 daher einstimmig beschlossen, die ehemals vorhandene Brücke nicht zu ersetzen. Die Kirchengemeinden wurden darüber von uns am 3.12.2019 informiert.

Natürlich wollen wir auch weiterhin daran festhalten, einen Zugang zur Rodau zu ermöglichen, damit Taufen stattfinden können und die Bewässerung der Weiden erfolgen kann. Dieser Punkt soll in enger Kooperation und Kommunikation mit den fünf Kirchengemeinden beim Treffen der Hauptamtlichen am 21. Januar bearbeitet werden.

Zu diesem Verfahrensvorschlag haben wir bereits eine positive Rückmeldung der Kirchengemeinden erhalten.

## 2. <u>Förderprogramme "Stadtumbau in Hessen" (Ortskern Ober-Roden) und</u> "Zukunft Stadtgrün" (Urberach-Nord)

Gute Nachrichten aus dem Hessischen Wirtschaftsministerium: 26 Mio. Euro erhalten hessische Städte und Gemeinden in diesem Jahr für die

Weiterentwicklung der festgelegten Fördergebiete zum Stadtumbau. Die auf der Grundlage des genehmigten Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes bewilligte Fördersumme für den Ortskern Ober-Roden beläuft sich auf 699.000 € für das Jahr 2019.

Aus dem Kreis Offenbach erhalten drei weitere Gemeinden Fördermittel:

| Gemeinde     | Fördergebiet                  | Förderung (Bund/Land) € |
|--------------|-------------------------------|-------------------------|
| Heusenstamm  | Heusenstamm                   | 247.000                 |
| Neu-Isenburg | Vom alten Ort zur Neuen Welt  | 947.000                 |
| Rodgau       | Zwischen Rodgau und Rodgausee | 676.000                 |

Die Stadt Rödermark wurde – wie auch die anderen 29 Kommunen - für jeweils zehn Jahre in das Programm aufgenommen und kann in dieser Zeit jedes Jahr Mittel beanspruchen.

Nachdem Rödermark Ende 2017 in die Städtebauförderprogramme "Stadtumbau in Hessen – Ortskern Ober Roden" und "Zukunft Stadtgrün – Urberach Nord" aufgenommen und das umfangreiche" Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK)" mit viel Bürgerbeteiligung erarbeitet, beschlossen und genehmigt wurde, sind nun die die Jahresanträge 2019 für die beiden Förderprogramme "vom Ministerium bewilligt worden.

Die bewilligte Zuwendung für "Stadtumbau" beträgt dabei 699.000,00 €, was 63,71 % der zuwendungsfähigen Ausgaben in Höhe von 1.106.500,00 € entspricht. Die bewilligte Zuwendung für "Zukunft Stadtgrün" beläuft sich auf 418.000,00 €, so dass 62,74 % der zuwendungsfähigen Ausgaben in Höhe von 666.200,00 € über Landesmittel gedeckt sind.

Des Weiteren hat der Magistrat der Stadt Rödermark am 2. Dezember 2019 über die Vergabe des Stadtumbaumanagements und Stadtgrünmanagements entschieden. Die Aufträge sollen noch dieses Jahr an das Büro Rittmannsperger vergeben werden. Das ISEK wurde ebenfalls durch das Büro Rittmannsperger erarbeitet.

Zu den Aufgaben des Managements gehören:

- Steuerung und Umsetzung der Gesamtmaßnahme und des Handlungskonzeptes
- Inhaltliche und organisatorische Steuerung der Einzelmaßnahmen und Maßnahmeninitiierung
- Koordinierung und Aktivierung aller Beteiligten
- Initiierung und Organisation der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- Städtebauliche Beratung und Betreuung der Eigentümer, Investoren etc. (im Rahmen des Anreizprogramms)
- Übernahme des Kosten-/, Finanzierungs-/ sowie Mittelmanagements

Zum Ende des Jahres werden Einladungen zur nächsten Sitzung der Lokalen Partnerschaften versendet werden. Dabei wird es um die Realisierung der Maßnahmen aus den Jahresanträgen 2019 und den zum 1.3.2020 anzumeldenden Maßnahmen für 2020 gehen.